

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 21. December. Se. Majestät der König haben Allernädigst  
geruht: Dem evangelischen Pfarrer Dr. phil. Wolff zu Pratau im Kreise  
Wittenberg den Rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Leutenant a. D.  
und Rittergutsbesitzer Freiherrn von Richter auf Groß-Rosen im  
Kreise Striegau, dem Vorstandsmitglied im Presbyterium der Domkirche  
zu Königsberg i. Pr., Kaufmann Otto Ehler, und dem Appellations-  
gerichts-Sekretär Friedrich Eduard Knorr zu Posen, den  
Königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen; den mit der Leitung  
der Intendantur in den Elb-Herzogthümern beauftragten bisherigen Feld-  
Intendanten beim 1. kombinierten Armeeforps, Intendanturrath von Ko-  
schizki zum Militär-Intendanten und den Intendanturraffessor Merleker  
vom 2. Armeeforps zum Militär-Intendanturraff zu ernennen; so wie dem  
Königlichen Baurath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Kopenhagen, 20. Dezember, Nachmittags. Es  
wird allgemein verichert, der Reichsrath werde am nächsten  
Donnerstag bis zum 4. Januar f. J. vertagt werden, und  
dass nach dem 9. Januar Reichsrath und Reichstag zu gleicher  
Zeit tagen werden.

### Die Bahnhofsfrage.

(Schluss.)

Die angegebene Sachlage hat offenbar unsere Handelskammer  
im Auge gehabt, wenn sie sich für die Anlage von Bahnhöfen im In-  
nen der Stadt nicht bedingungslos erklären konnte. — Der Hin-  
weis auf die leichtere Verbindung des Warthe-Transportes mit der Eisenbahnverbindung vermochte hierin nichts zu ändern, da  
der Verkehr per Warthe gegenüber dem Eisenbahntransporte logo Po-  
sen ein geringfügiger ist, und sich wenige Güter zum Uebergange vom  
Wasser- zum Landtransporte eignen, während die Warthe überdies nur  
wenige Monate im Jahre schiffbar ist. Schon jetzt wird die Warthe  
nur im Frühjahr zu Getreide- und Spiritusverbindungen benutzt,  
wogegen Salz und eine geringe Quantität englischer Kohlen als Rück-  
fracht eingebracht werden.

Noch weniger durchgreifend erscheint das lokale Interesse der Po-  
sener nicht handelt reibenden Einwohnerchaft an einer nä-  
heren Bahnhofslage; denn hier handelt es sich für die Einwohner der  
um die Stadt liegenden Droschkengeld zu ersparen. — Es sind  
und vielleicht 2 Silbergroschen Droschkengeld zu ersparen. — Es sind  
dies Vortheile, welche durch eine Verzögerung des Bahndienstes und eine  
Vertheuerung der Fahrt preise bei erschwerter Eisenbahnexpedition sicher  
illusorische werden möchten. Hier kommt aber noch in Betracht, dass  
der größte Fremdenverkehr sich in dem Bereich der Wilhelmsstraße kon-  
zentriert, und dass der reisefähige, vermögendere Theil der Einwohnerschaft  
seitens der Warthe wohnt und sich mit seltenen Ausnahmen der Drosch-  
ken zum Verkehr mit den Bahnhöfen bedient.

Es bleibt mithin nur noch das fortifikatorische Interesse,  
welches gebietet, die Thorner Bahn durch die Festung zu führen und un-  
ter allen Umständen einen Schienenstrang nach dem Innern der Festung  
zu erlangen, um im Kriegsfalle den Eisenbahnsahnpark im Innern der  
Festung bergen zu können.

Da dieser Aufrufing notorisch auf mehrfache Weise ohne Er-  
richtung von Bahnhöfen im Innern der Stadt genügt werden kann,  
und da in hoffentlich seltenen Kriegsfällen auch in anderer Weise den  
militärischen Interessen Beachtung geschafft werden muss, so wird solche  
offenbar mit Unrecht als ein durchgreifendes Motiv für den Plan, die  
Bahnhöfe unter allen Umständen im Innern der Stadt zu errichten,  
geltend gemacht.

Sind hiernach die Motive für das ebengedachte Projekt keineswegs  
bedingungslos berechtigte und durchgreifende, so darf man billig mit um  
so größerem Rechte fragen, ob die nothwendigen Voraussetzungen,  
das Projekt zu realisieren, nachgewiesen werden können?

Hierzu gehörte vor Allem ein geeigneter Platz zur Aufnahme der  
gesamten Bahnhofseinrichtungen, ohne eine die allgemeinen und lokalen  
Interessen verletzende Spaltung derselben herbeizuführen. Da ein  
solcher außerhalb der Festung in der Umgegend von Jerzyce bis Wida  
nach der übereinstimmenden Ansicht aller Sachverständigen tatsächlich  
vorhanden ist, so müsste im Innern der Stadt eine einigermaßen gleich  
günstige Stelle nachweisbar sein, um obige Vortheile aufzugeben.

Dies ist aber nicht der Fall. Von den mehrfach vorgeschlagenen  
Plätzen fanden sich nur zwei einer ernsten Beachtung werth, das Terrain  
hinter St. Martin und die Dominikanerwiese.

Beide reichen nach dem sachkundigen Urtheile der zugezogenen Eisen-  
bahntechniker nur nothdürftig aus, einen Theil der Bahnhofsanlagen  
aufzunehmen, und bedingen unter allen Umständen, die Bahnhöfe  
außerhalb der Festung zum Rangdienst, zu Werftstätten und zum  
durchgehenden Güterverkehr zu benutzen oder einzurichten.

Damit wäre aber gerade jene Spaltung, Erschwerung, Verzöge-  
rung und Vertheuerung des Bahndienstes und der Spedition herbeige-  
führt, welche der Handelsstand als volkswirtschaftlich nachtheilig nicht  
nur für die allgemeinen Aufgaben des Bahnverkehrs, sondern auch für  
die lokalen Interessen der Stadt Posen erklären musste.

Durch die Verwendung des Platzes auf St. Martin würde über-  
dies eine besondere Erschwerung des Bahndienstes wegen der ungünstigen  
Neigungsverhältnisse entstehen, und noch weniger Raum als auf der  
Dominikanerwiese sich darbieten. Es ist deshalb diese Stelle altheitig  
nicht für geeignet gefunden worden, mit der Bahnhofslage außerhalb  
der Festung in Konkurrenz zu treten, wenn auch polizeiliche oder fortifi-  
katorische Bedenken gegen die Benutzung derselben nicht nachweisbar  
waren.

Die Dominikanerwiese bot dagegen bessere Neigungsverhältnisse  
und mehr Raum, obwohl auch nur einen für den Personen- und Latal-  
güterverkehr beschränkten. Der Wahl dieses Platzes stehen aber, abge-  
sehen von der auch dann nötigen gemeinhäudlichen Spaltung des Be-  
triebes, sehr gewichtige andere Bedenken entgegen.

Zunächst liegt dieser Platz für die obere Stadt fast ebenso entfernt,  
als Jerzyce von der Schrotka und Wallischei. Sodann ist derselbe und  
seine Umgebung der verheerenden Wartheüberschwemmung ausgesetzt und  
gestaltet keine Erweiterung der Bahnhofslage und der angrenzenden, über-  
völkerten, im Inundationsterrain der Warthe belegenen Stadttheile.  
Ohne eine von den Technikern auf ca. 400,000 Thlr. Kosten veran-  
schlagte Aufhöhung der Wiese ist solche zu dem beabsichtigten Zwecke un-  
verwendbar. Theuere Festungsbaute und eine Aufhebung der Rayon-  
vorschriften für den Bezirk des Forts Winckley werden erforderlich. Die  
projektirte Bahnlinie schneidet theils außerhalb, theils innerhalb der Fe-  
stung die Zugänge zu dem Berlinerthore, Königsthore, Wasserthore,  
St. Adalbertsthore, Schillingsthore, den Ausgang der Domvorstadt an  
der Dombrücke in ihrer unmittelbaren Nähe. Die Stadt wäre genötigt,  
neue Wege durchzubrechen, um den Bahnhof zugänglich zu machen. Die  
Bahnlinie setzt sich fort am linken Ufer des Vorfluthsgrabens und beeinträchtigt  
durch ihre Dammbauten die ohnedies beschränkte Vorfluth der Warthe  
in bedenklicher Gefährdung der schon jetzt den Ueberschwemmungen der  
Warthe zugänglichen Unterstadt.

Diesen Unzuträglichkeiten gegenüber darf offenbar der angebliche  
Vortheil, einen Theil der Bahnhofsanlagen in der Stadt zu haben, nicht  
zu hoch angeschlagen werden. Wenn man erstere auch in ihrer Bedeu-  
tung und Bedeutbarkeit verschieden beurtheilen mag, so werden solche doch  
niemals ganz in Abrede gestellt oder aufgehoben werden können.

Eine wesentliche Voraussetzung des Planes der inneren Bahnhof-  
anlagen ist ferner die juridische Möglichkeit, die Jerzycer Bahnhof-  
verwaltung zu einer gänzlichen oder theilweisen Verlegung ihrer Etab-  
lissements zu nötigen.

Wenn vor Abhaltung der im Eingange gedachten Konferenzen hier-  
über noch ein Zweifel bestehen könnte, so ist derselbe durch die öffentlichen  
Erklärungen der Vertreter der oberschlesischen und Stargard-Posener  
Eisenbahngesellschaften nunmehr dahin erledigt, dass ein Zwang gesetzlich  
unstatthaft wäre, und nur der eigene Vortheil der betreffenden Eisen-  
bahnen zu einem derartigen Arrangement führen könnte.

Ein solcher lässt sich bei der gegenwärtigen Sachlage ebenso wenig  
nachweisen als bestreiten. Man wird die vorbehalteten neuen technischen  
und finanziellen Untersuchungen über die möglichen Linien und Bahnhof-  
Erklärungen der Vertreter jener Bahnen folgen, was wenig Aussicht  
vorhanden ist, dem gedachten Zwecke nennenswerthe Geldopfer zu bringen.

Da aber ohne sehr beträchtliche finanzielle Anstrengungen  
ein der Plan, die Dominikanerwiese zu einer theilweisen Bahnhof-  
anlage zu benutzen, völlig unausführbar ist, so gelangt man unwillig-  
fährlich zu der Frage, wem solche sonst auferlegt werden könnten?

Unzweifelhaft kann dies auch nicht die Stadt kommen, die Posen  
sein, welche ihr geringes Interesse an dem Plane durch ihre Vertreter  
offiziell erklärt hat. Es blieben mithin die zu bildenden, neuen  
Aktiengesellschaften, deren vorbereitende Komitss bis jetzt einen  
Versuch nach dem anderen gemacht haben, Bauunternehmer und genü-  
gende Finanzkräfte für die gewünschten Bahnen nach Guben, Frankfurt  
und Bromberg-Thorn zu gewinnen.

Wie wenig diese neuen Unternehmungen im Stande sind, eine zu  
hohe, und nicht unbedingt erforderliche Belastung durch Baukosten zu  
tragen, ergibt am besten die eingetretene Notwendigkeit, die Kreise und  
Stadtcommunen zur Nebernahme eines Drittels der Baukosten für die  
Posen-Guben-Frankfurter Bahn zu bestimmen.

Eine ganze oder halbe Million Mehrkosten zu Gunsten der größeren  
Bequemlichkeit einiger Posener Einwohner und Handelsleute oder auch  
des Militärfiskus den ohnedies schwierigen neuen Eisenbahn-Unterneh-  
mungen auferlegt, würde keinesfalls dazu führen das Zustandekommen  
lechterer zu befürden, und damit ein dringendes Bedürfnis der Provinz  
Posen und des preußischen Staates zu befriedigen. Man wird sich daher zum  
Schluss wiederholzt zu vergegenwärtigen haben, ob denn in der That die  
jetzige Bahnhofslage außerhalb der Stadt zu so vielen Beschwerden An-  
lass gegeben hat, dass solche unter Nichtachtung aller vorangegangenen  
schweren Bedenken mit einem unvollkommenen Projekte vertauscht wer-  
den müsste.

Es wird dies nach dem Vorangeschickten zu verneinen sein.

Glücklicher Weise ist über diese wichtige Frage eine Entscheidung,  
welche dem Handelsministerium zusteht, noch nicht ergangen. Man  
darf annehmen, dass solcher eine wiederholte und sorgfältige Prüfung  
aller obwaltenden Verhältnisse vorangehen werde. Dass solche nicht unter-  
bleibe, dafür werden in erster Linie unsere städtischen Behörden Sorge  
zu tragen haben.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 20. Dezember. Die verschiedenen An-  
sprüche auf den Besitz der Herzogthümer scheinen sich, heißt  
es in der „N. A. Z.“ — in einen gordischen Knoten verwirren zu  
wollen, welchen nur ein Alexander-Schwert lösen kann. Mindestens  
dürfte die rechtliche Lösung derselben eine Zeit in Anspruch nehmen,  
welche an die Dauer der prozelotischen Erledigung des weiland deut-  
schen Reichskammergerichts erinnert. Zu den täglich sich mehrenden  
Präidenten sind zunächst, rücksichtlich Lauenburgs, jetzt auch die Häuser der  
Sachsen-Ernestinischen Linie getreten. Wie der „Augsb. Allgem.  
Ztg.“ aus Weimar vom 16. d. M. geschrieben wird, wird in der auf  
Sonnabend anberaumten Sitzung des Bundestages voraussichtlich der  
interimistische Vertreter der zwölften Kurie, Freiherr von Beaumain-  
Marconnay, eine Staatschrift überreichen, welche das von den Häusern

**Innerate**  
1½ Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
**10 Uhr** Vormittags an-  
genommen.

der Sachsen-Ernestinischen Linie beanspruchte Nachfolgerecht auf Lauen-  
burg ausführlich motiviert. Die Schrift, die den Titel führt „Denkschrift über das dem durchlauchtigsten Sachsen-Ernestinischen Haus zu-  
stehende Recht auf Succession im Herzogthum Lauenburg“, ist nach er-  
folgter Vereinbarung der betreffenden Regierungen von einem Professor  
der Universität Jena verfasst worden. Beweiskraft ist jedenfalls bei  
Geltendmachung dieser Ansprüche auf ein Land, dessen gesetzmäßige Ver-  
treter sich fast einstimmig für einen Anschluss an Preußen ausgeprochen  
haben, daß dieselben von einer Seite erhoben werden, welche die sicher-  
lich doch stichhaltigeren urkundlichen Ansprüche des brandenburgischen  
Hauses auf die Hälfte Schleswig-Holsteins, gegenüber den dort von einer Partei angeregten Privatfunden, für vollkommen nichtig und ohnmächtig erklärt.

— Nach der „Kreuzzeitung“ haben über den bevorstehenden Gang  
der Verhandlungen wegen Schleswig-Holsteins noch keine  
Vereinbarungen stattgefunden, sondern bis jetzt werden nur vorläufige  
Verhandlungen gepflogen zwischen den beiden Großmächten.

— Der heutige „Staats-Anzeiger“ enthält folgenden Allerhöchsten  
Erlaß: „Bei der Mobilmachung der Truppentheile, welche den diesjährigen  
Feldzug gegen Dänemark mitgemacht haben, sind zur nothwendig  
gewesenen Beziehung der Offizierstellen in den betreffenden Regimentern  
z. mehrfach Landwehr-Offiziere eingezogen worden, welche in ihren  
Civilverhältnissen entweder schon zur Kategorie der Staatsbeamten ge-  
hört haben, oder doch in der unmittelbaren Vorbereitung für die Beam-  
tenlaufbahn begriffen waren. Es ist Mein Wille, dass den vorbezeich-  
neten, nach hergestelltem Frieden wieder in das Beurlaubten-Verhältniss  
zurücktretenden Offizieren der Wiedereintritt resp. die Rückkehr in ihre  
frühere Laufbahn nach Möglichkeit erleichtert werde. Ich beauftrage des-  
halb das Staats-Ministerium, den von den vorerwähnten Personen in  
den einzelnen Regiments etwa eingehenden Gefuchen um Beschäftigung  
resp. Anstellung möglichst förderlich zu sein und überhaupt dafür Sorge  
zu tragen, dass diesen Individuen nicht nur keine Nachtheile aus ihrer  
Theilnahme an dem nun beendeten ruhmreichen Feldzuge erwachsen, son-  
dern dass denselben jede irgend zulässige Verächtigung zu Theil werde.“

— Wir haben gestern gemeldet, dass dem Bischof von Kulm, Hrn. v. d. Marwitz, der Rothe Adlerorden erster Klasse verliehen worden ist. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht heute das Schreiben, mit welchem Se. Majestät der König diese Auszeichnung begleitet hat. Dasselbe lautet: „Sie haben, hochwürdiger Bischof, unter Verhältnissen, deren mannigfache Schwierigkeiten Mir nicht entgangen sind, Ihres wichtigen Amtes mit weiser Bejnennheit ebenso sehr, als mit Höflichkeit, haben Sie an Ihrer Stelle, als ein getreuer Hirte, dazu mitgewirkt, von der Ihrer Leitung anvertrauten Diözese manches Uebel, mit dem strafwürdiger Frevel-  
muth und verbrecherischer Leichtsinn dieselbe bedrohten, fern zu halten. Sie haben sich dadurch den Dank des Vaterlandes und die Anerkennung aller redlichen Patrioten verdient. Es gereicht Mir zur besonderen Ge-  
nugthung, Ihnen denselben ausdrücklich zu erkennen zu geben, und Ihnen zugleich die erste Klasse Meines Ordens vom Rothen Adler zu verleihen, dessen Insignien Sie hierbei empfangen. Mit dem Wunsche, dass es Ihnen unter göttlichem Gnadenbeistande vergönnt sein möge, Ihres segensreichen Berufes noch lange zu pflegen, verbleibe ich Ew. Hochwürdiger Wohlgeborener Wilhelm.“

— Heute Mittag fand der Einzug des 1. Schlesischen Grenadier-  
Regiments Nr. 10, des 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiments  
Nr. 50, des 6. Brandenburgischen Infanterie-Regiments Nr. 52, der  
1. 6pfündigen und der 4. 12pfündigen Batterie des Brandenburgischen  
Feldartillerie-Regiments Nr. 3 (Generalfeldzeugmeister) um 12 Uhr  
statt. Die Truppen hatten dazu auf dem alten Exercierplatz im Thier-  
garten Aufstellung genommen, wo sie von Sr. Maj. dem Könige be-  
schworen wurden. Nach derselben begab sich Se. Maj. der König, von Ihren  
Königlichen Hoheiten den Prinzen des Königlichen Hauses und der Ge-  
neralität begleitet, nach dem Pariser Platz, wo Allerhöchsteselbe die  
Truppen bei sich vorbeimarschiere ließ. Nach dem Vorbeimarsch rückten  
die Truppen sofort in ihre Quartiere. Se. Maj. der König hatte befoh-  
len, dass auch diesmal die Fahnen ausnahmsweise in das königliche Pa-  
lais abgebracht würden.

— Die Reise des Vertreters Ostreichs bei den Verhandlungen  
zwischen dem Zollverein und Ostreich wegen einer Er-  
neuerung des Februarvertrages, Freiherrn v. Hock, hierher hat, wie die  
„Berl. Börs. Ztg.“ vernimmt, den Zweck, die diesseitige Regierung für  
die Wünsche des Wiener Kabinetts zu gewinnen, dass die Verhandlungen  
alsbald beginnen und hier gepflogen werden möchten. Wie wir ferner  
erfahren, ist die diesseitige Regierung auf diese Wünsche bereitwillig ein-  
gegangen und es werden demgemäß die Verhandlungen zwischen Preußen,  
Bayern und Sachsen einerseits und Ostreich andererseits demnächst hier  
eröffnet werden. Bayern wird, wie das Blatt hört, durch Hrn. v. Reichelt  
auf diesen Konferenzen vertreten werden, der ebenfalls in diesen Tagen  
hier eintreffen wird. Ein Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen,  
welche zwischen Preußen und Frankreich in der Zollfrage gepflogen wor-  
den sind, ist von Seiten Preußens an die dem Zollvertrag beigetragenen  
Regierungen noch nicht erstattet worden, weil es zunächst nothwendig ist,  
das gewonnene umfangreiche Material zu ordnen. Dagegen hat Preußen nach Wien die Mittheilung gemacht, dass der Handelsvertrag mit  
Frankreich nunmehr definitiv abgeschlossen sei.

— Der königl. Gesandte in Wien, Frhr. v. Werther, hat sich  
gestern Abend auf seinen Posten zurückgegeben.

— Die im März d. J. in Folge des polnischen Aufstandes zu  
Thorn errichtete Königliche Polizei-Verwaltung unter dem  
Landrat Steinmann ist, wie die „Kreuzzeitung“ hört, jetzt wieder auf-  
gehoben worden.

— Die von C. Klockow herausgegebene Schrift: „Die Hoch-  
verrathsposse im Jahre 1864“ ist am Montag mit Beschlag belegt worden.

— In dem Prozesse gegen Herrn Harkort wegen Beleidigung des Ministeriums und wegen Schmähung der Einrichtungen der Obrigkeit durch seine in der „Rhein. Ztg.“ veröffentlichten Auffäuse über die Marine, ihre Anlage und die Stellung des Kriegsministers hat der Appellhof das Urtheil erster Instanz, wonach Herr Harkort zu 25 Thlr., der Redakteur Wolff zu 5 Thlr. verurtheilt wurde, lediglich bestätigt.

Danzig, 20. Dez. Direkt hier eingegangenen Privatbriefen aus Cherbourg vom 16. Dezbr. c. zufolge ist S. M. Korvette „Gazelle“ Tags zuvor, von Brest kommend, dasselb eingetroffen und wird einige Zeit in Cherbourg verweilen. — Der Magistrat hat beschlossen, morgen Abend das Rathaus, das grüne und das Langgasser Thor zu illuminiiren. Der Magistrat und das Empfangs-Komitee hoffen, daß auch die Bürgerschaft ebenfalls schon am 21. die Illumination der Häuser veranstalten wird. (D. Z.)

Gumbinnen, 17. Dez. Schon seit mehreren Wochen waren Anzeichen hervorgetreten, welche kaum einen Zweifel übrig ließen, daß die Leiter der fortgesetzten revolutionären Agitationen im Gouvernement Augustowo und in Littauen im hiesigen Regierungsbezirk ihren Sitz haben. Solche Anzeichen waren, daß alle von der Polizei entdeckten Spuren von den in Villallen im Kreise Kalvaria, an dem Gutsbesitzer Schmidt und dessen Sohn verübten Meuchelmorden auf den Kreis Insterburg zurückführten und daß zwischen gewissen in diesem Kreise unter deutschem Namen sich aufhaltenden Fremden, von denen schon längst das Gerücht ging, daß sie Polen seien, der lebhafte Verkehr mit dem Gouvernement Augustowo und mit Littauen unterhalten wurde. Ferner mußte es auffallen, daß man in manchen Städten, z. B. in Goldapp und Olecko, unter der deutschen Bevölkerung plötzlich für die polnischen Flüchtlinge und selbst für solche, die in Polen die schrecklichsten Verbrechen begangen hatten, zu schwärmen anfing, die Polizeibeamten, welche dieselben arreirten, verhöhnte und insultierte und an die Behörden alle Augenblicke Petitionen zu Gunsten dieser Flüchtlinge richtete. Eine geheime Aufwiegelung war hier um so unverkennbarer, als die hiesigen Deutschen sich bis dahin ziemlich gleichgültig gegen den polnischen Aufstand verhalten und eher Antipathie als Sympathie gezeigt hatten. Den fortgesetzten Nachforschungen der Polizei ist es vorgegangen, endlich gelungen, in Insterburg ein förmlich organisiertes polnisches Nationalkomité zu entdecken und sowohl die Kasse wie die Papiere desselben in Besitz zu nehmen. Letztere sollen über die revolutionären Agitationen dieses Komité's, sowie über seine Verbindungen einerseits mit der Emigration in Paris, andererseits mit der Revolutionspartei im Augustowoschen und in Littauen keinen Zweifel übrig lassen. Auch soll sich aus den in Besitz genommenen Papieren herausgestellt haben, daß das Komité die Ermordung des Gutsbesitzers Schmidt und dessen Sohnes angestiftet habe. Zwei Mitglieder sind verhaftet, die übrigen entflohen. (Vrb. Z.)

Wehlau, 16. Dezember. Am 14. d. M. haben der Justizrath Reich und der Rechtsanwalt Moldanek in der Stadtverordnetensammlung, welcher sie als Mitglied angehören, erklärt, daß sie auszutreten genötigt seien, weil der Justizminister sie dazu durch Reskript aufgefordert habe.

Sachsen. Dresden, 16. Dezember. Man schreibt der „Rh. Ztg.“ von hier: „Auf dem vor einigen Tagen in Chemnitz gehaltenen Festbankette der liberalen Abgeordneten sagte Lorenz von Leipzig: „Die Herrn v. Beust zum Kampf Deutscher gegen nichtsitziges Säbelgrassel. Die ganze Verantwortung ruhmt ihu lebhaft bei. Schaffrauth zeigte sich unbarmherzig gegen Hrn. v. Beust's jetzige Anslehen des Rechtes und des erhofften Sieges des Rechtes; ihm, dem Herrn v. Beust, geschehe ganz Recht, er habe im eigenen Lande das Recht niedergetreten, die Verfassung gebrochen, nun möge er sich nicht wundern, wenn er andernärts selbst die Früchte seiner That schmeckt; v. Beust hat Wind gesetzt und erntet Sturm. Noch entschiedener äußerte sich Dr. Schlimper über das Beust'sche Säbelgrassel. Er meinte: wenn Beust auch nur mit dem Kriege gegen Preußen spielt, so sei dies noch ein frevelndes Spiel; aus dem Spiele werde oft schneller, als der Frevel denkt, Ernst, und dieser Ernst bestehet in Bürgerkrieg; so viel wisse er, daß, wenn selbst ein mehr absolutistisches Preußen die Frage stelle: wollt ihr Einheit unter uns, oder die fortduernde Zerrissenheit unter dem Bunde? in Sachsen nicht leichtemand sich finden werde, der die schwere Verantwortlichkeit übernehmen möchte, Nein zu sagen; diese Frage aber kann über kurz oder lang von Preußen an uns in ganz konkreter Form gestellt werden.“

Nassau. Wiesbaden, 17. Dezbr. Der „Köl. Ztg.“ geht folgende Berichtigung zu: „Nachdem in neuester Zeit eine Masse von Zeitungsartikeln und Schandchriften gegen die höchsten Staatsbeamten, namentlich den Regierungs-Direktor Werren verbreitet worden war, wurde diesem Treiben in der Wahlversammlung zweiter Klasse der Stadt Wiesbaden die Krone aufgesetzt durch den Antrag der Prokuratoren Braun und Leisler sen. auf Ausschluß des Regierungs-Direktors Werren, gestützt auf die Behauptung, derselbe habe wegen Zinswuchers in Untersuchung gestanden, ohne freigesprochen worden zu sein. Nachdem deshalb in der Wahlversammlung eine längere Diskussion stattgefunden und die Antragsteller durch Herbeirufung ihrer Anhänger sich genügend verstärkt hatten, verlangte der Prokurator Braun zur Begründung seines Antrages, daß der Wahlauschuss die von ihm bezeichneten Alten von dem herzoglichen Staatsministerium einzichen und daß bis nach Prüfung dieser Alten die Beschlussfassung über seinen Antrag ausgelegt bleiben solle. Diesem und nur diesem Verlangen stimmte die Versammlung bei, und dies ist der einzige Gegenstand, über welchen es überhaupt zu einer Abstimmung kam. Das herzogliche Staatsministerium ließ hierauf durch den herzoglichen Verwaltungsbeamten in der Wahlversammlung folgende, von dem herzoglichen Kriegs-Departement eingezogene Erklärung mittheilen: „Auf Anstehen des Herrn Regierungs-Direktors Werren wird von der unterzeichneten Behörde offiziell bescheinigt, daß derselbe von dem Jahre 1854 bis 1864 bei herzoglichem Kriegs-Departement als General-Auditeur angestellt, deshalb der Militärgerichtsbarkeit unterworfen war und während dieser Zeit in keiner Untersuchung, namentlich nicht wegen Zinswuchers, gestanden hat. Wiesbaden, 15. Dezember 1864. Herzogliches Kriegs-Departement. v. Holbach.“ Hiernach kam es in der Wahlversammlung überhaupt zu keiner Abstimmung über die Zulassung des Regierungs-Direktors Werren, namentlich ist derselbe nicht als Wähler ausgeschlossen worden.“

### Schleswig-Holstein.

Flensburg, 19. Dezember. Nach einem der hiesigen „N. Z.“ zugegangenen Nachweise befanden sich vom 12. Februar bis 10. Dezember d. J. hier selbst im preußischen 2. schweren Feldlazareth 1. komb. Armeekorps an Verwundeten: Destreicher 5, Preußen 763, Dänen 628, davon sind gestorben: Preußen 71, Dänen 116. An Kranken: Destreicher

154, Preußen 10,594, Dänen 102; davon sind gestorben: Preußen 69, Dänen 4. Amputirt wurden 12 Preußen und 22 Dänen. Resectionen, Unterbindungen u. s. w. Preußen und 30 Dänen. — In der Zahl der Verstorbenen sind einbegreiffen 8 Preußen und 15 Dänen, die tot von Düppel hier ankamen, außerdem 2 Verunglückte.

Flensburg, 20. Dezember, Morgens. [Teleg. r.] Nach der „Nordd. Ztg.“ ist die Nachricht, daß der Verkauf der schleswig'schen Eisenbahnen vorsichtig gemacht sei, unbegründet.

— Man schreibt der „N. A. Z.“ aus Schleswig, 17. Dezember: Die „Kölnischen Zeitung“, welche sich in Nr. 340 mit den Zuständen in Schleswig beschäftigt, fügt zu ihren Mittheilungen die Bemerkung, daß die Angaben nicht ganz unparteiisch ausfallen könnten, weil die dänische Partei in Schleswig jetzt völlig mundtot gemacht sei. Diese Behauptung ist indefsen aus einer Unkenntniß der Verhältnisse hervorgegangen. Es erschien im Herzogthum Schleswig vier dänische Zeitschriften, die Tidende in Hadersleben, Freia in Apenrade, das Sonderburger Wochenblatt und die während des Feldzuges militärischer Seits unterdrückte, jetzt aber wieder zugelassene Tidende in Mögeltonden. Daß diese Blätter sich über eine amtliche Bevorzugung und Begünstigung der deutschen Presse seit dem Aufhören des Krieges beschwert hätten, ist mir nicht bekannt geworden. Unbegründet ist auch die Behauptung der „Kölnischen Zeitung“, 94 Geistliche seien aus ihren Stellen vertrieben, im mittleren und nördlichen Schleswig wäre sehr stark aufgeräumt und wohl nur noch einige wenige der bisherigen Prediger seien geblieben. Nach authentischen Angaben waren vor dem Frieden in Schleswig überhaupt 284 Geistliche angestellt. Von diesen legten 15 freiwillig ihre Aemter nieder, 80 wurden entlassen. Dies geschah aber nicht etwa blos in den nördlichen und mittleren Distrikten. Von den 106 Geistlichen der Probstei Husum, Bredstedt, Eiderstedt, Hütten und Fehmarn schieden 5 freiwillig, 13 unfreiwillig aus. Die Behauptung der „Kölnischen Zeitung“, daß man selbst im rein dänischen Theile des Landes die Kirche mit Männern deutscher Herkunft und Gesinnung besetzt habe, ist grundlos, die z. B. in der Probstei Hadersleben neu eingesezten 12 Prediger sind alle vollkommen der dänischen Sprache mächtig und größtentheils aus dem nördlichen und mittleren Schleswig gebürtig. Nördlich von Hadersleben sind nur 4 Veränderungen vorgekommen. Die Entlassungen mit Ausnahme von zwei Persönlichkeiten fallen in die Zeit vor dem 20. Septbr.; die meisten in die Zeit vor dem 26. Juni, also — zur Zeit des Krieges.

### Frankreich.

Paris, 18. Dezember. Das „Journal des Debats“ hat Hauffmann's Rede im Pariser Gemeinderat verhöhnt. Auch die „Union“ hatte sich in dieser Sache hervorgethan. „Debats“ und „Union“ haben heute vom Minister des Innern eine Verwarnung erhalten. Diese Maßregel des Ministers des Innern trifft heute mit einer umfassenden Denkschrift des Seine-Präfekten zusammen, die der „Moniteur“ veröffentlicht. Hauffmann entwickelt den Finanzzustand von Paris. Die Hauffmannschen Bauprojekte sind unter Anderem darauf gerichtet, Paris mit ungeheuren Parkanlagen zu umgeben. Er sagt darüber: „Die Nähe dieser Hauptstadt der Welt wird, so zu sagen, schon von fern durch Avenuen und Anpflanzungen angezeigt werden, welche in allen Richtungen eine Art von Ausstrahlung ihrer vervollkommenen Verwaltung bilden sollen. Dieser Denkschrift zufolge wurden vom 1. Oktober 1863 bis zum 30. September d. J. in Paris allein 3098 Häuser gebaut; die Zahl der in ihr gebauten Häuser beträgt jetzt 1182. Alle freien Willen ihrer Eigentümer gemäß gefallen sind. Es ergibt sich also eine Mehrzahl von 1715 neu errichteten Häusern. Andererseits sind die durch diese Neubauten geschaffenen Wohnungen 21,789 an der Zahl. Wenn man davon die Zahl derjenigen Wohnungen abzieht, die durch die Demolitionen verloren gegangen sind, so bleibt ein Überichuß von 15,676 Wohnungen, welche einer Bevölkerung von mindestens 45,000 Seelen entspricht.“

### Schweden.

Bern, 17. Dez. Der königl. bayerische Legationsrath v. Dönniges hat den Bundesrat erfuhr, daß bei seiner Regierung gestellte Auslieferungsgefaß, betreffend seinen zukünftigen Schwiegersohn, den Herrn v. Nackowicz, zurückzuzeichnen. Bekanntlich hat derselbe F. Lasalle auf Genfer Gebiet im Duell erschossen. Der Bundesrat hat dem Gesuche des Herrn v. Dönniges nicht entsprochen.

### Italien.

Turin, 19. Dez. Nachdem das Abgeordnetenhaus gestern noch eine Abendsitzung gehalten und das provisorische Budget für das erste Vierteljahr 1865 bewilligt hatte, vertagte es sich bis zum 5. Jan. Die Abgeordneten hatten sich bereits in Massen auf die Heimreise hegeben. Die Blicke der Nation sind nach Süden gerichtet, nach Florenz und Rom.

— Die Verschwörung gegen das Leben des Papstes ist zu einem reinen Trugbilde der päpstlichen Polizei zusammengeschrumpft. Die drei falschen Schuster, welche als die Verschworenen verhaftet wurden, sind von der französischen Gendarmerie als ein sauberes Kleckblatt, das zur Blüthezeit des Räuberhandwerks gar oft von neapolitanischer Seite ins Römische Zuflucht suchte, erkannt worden. Die Reorganisirung der päpstlichen Armee wird von Rom aus als Fabel bezeichnet; vorläufig besteht das französische Kriegsbudget noch die Kosten für die Sicherheit der ewigen Stadt. Der französische Gesandte hat laut der „Augsb. Allg. Ztg.“ vorgeschlagen, der König von Italien solle statt der Uebernahme von zwei Dritteln der römischen Schulden die Zinsen für diese Summe als „Heimzahlung“ an den Papst entrichten; doch man wies diesen Vorschlag ab. Man rechnet im Nothfalle auf die Königin Isabella.

— Die Regierung hat den amtlichen Bericht über das Bandenthum während des Jahres 1861 veröffentlicht; 311 wurden getötet, 381 verhaftet, 112 haben sich freiwillig gestellt; zusammen hat sich diese Sorte von Menschen um 804 vermindert. Man schlägt das Brigantenthum noch bleibende Menschenkapital auf 519 Köpfe. Die beiden stärksten Banden befinden sich in der Basilicata und in der Terra di Lavoro. Diese letztere ist um so schwerer zu fassen, als sie, abgesehen von ihrem Muthe, in dem auf päpstlichem Boden gelegenen Walde von Castro eine sichere Zuflucht hat. Bei dieser Bande befindet sich Guerra Pacesnuco. In der Basilicata kennt man bloß seinen Räuberhauptmann-Namen Majini. Der Militärhafen von Neapel, der unter dem königlichen Palaste gelegen ist, soll in einen Handelshafen umgewandelt werden.

— Die „Gazzetta di Torino“ theilt mit, daß der Bericht der Untersuchungskommission über die Septemberreignisse noch nicht vorliegen kann. Sie bemerkt aber gleichzeitig, daß die vom Kriegsminister angeordnete militärische Untersuchung beendet sei. Wie man hört, wird in Folge dieser Untersuchung gegen die 56 Karabinieri, welche am

Abend des 21. September ohne Befehl gefeuert haben, ein Prozeß eingeleitet werden.

— Die Erhöhung der Cigarren- und Tabakssteuer ist am 12. Dezember bereits in Kraft getreten. Die „Dest. Gen.-Korr.“ berichtet darüber aus Turin, 12. Dezember: Was auch die hiesigen Journale über die „patriotische Opferfreudigkeit“ des italienischen Volkes sagen mögen, so steht doch fest, daß die von den Kammern angenommenen Finanzmaßregeln Sella's — zumal die Vertheuerung der Cigarren — im ganzen Lande die größte Unzufriedenheit erregt. Mirgends werden vielleicht so viele Cigarren konsumirt, als in Italien, wo namentlich die sogenannten Cavour-Cigarren ein unbeherrschtes Lebensrequisit für die ganze rauchende Menschenklasse, vom ersten Gentleman bis zum letzten Lasträger, gemordet sind. Wie schon der Name dieser Cigarre andeutet, ward sie noch unter der Regierung Cavour's eingeführt, welcher selbst die Mischung der Tabaksblätter und Beize besorgt haben soll, um für alle Klassen eine billige und gute Cigarre herzustellen. Von heute ab ist aber auch dieses Vermächtnis Cavour's bestätigt worden. Die Cigarre selbst besteht zwar noch, aber sie kostet jetzt 7 Centesimi statt 5. Der Volkswitz meint, sie habe deshalb aufgehört, den Namen Cavour zu führen, und heiße von jetzt ab Sella-Cigarre. Gestern Abend nach 10 Uhr fand eine förmliche Belagerung sämtlicher Cigarrenläden — zumal in der Via di Po, Piazza Castello, Via Nuova, Dora Grossa und in anderen belebten Straßen — statt. Alles wollte noch Cavour-Cigarren zu 5 Centesimi, wobei man von der Menge Ausrufe hörte, welche dem Herrn Finanz-Minister gerade nicht günstig waren. Noch bunter ging es vor mehreren Cigarrenläden unter den Arkaden des Castellplatzes zu, wo das Publikum jene ungewöhnlich früh geschlossen fand. Man polterte und schrie um Cigarren, brachte Hoch auf Cavour aus und demonstrierte durch Pfeifen und Lärmen aller Art die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierungs-Wirtschaft. Selbst die ministerielle „Opinion“ widmete heute der überaus populär gewordenen Cavour-Cigarre eine Art Necrolog.“

— Ein Brief aus Rom meldet, daß der Baron von Meyendorff plötzlich von dort abgereist ist. Das Gerücht, nach welchem diesem Gesandten seine Reisepässe zugestellt werden sollten, ist verfrüht. Man glaubt, diese Maßregel werde nur in dem Falle ergriffen werden, wenn der Czar jede Beziehung zwischen der Kirche in Polen und Rom untersage. Herr von Meyendorff hat sich nach Florenz begeben, um zu vermeiden, an den Empfangstagen im Vatikan zu Weihnachten und am Feste des Papstes zugegen zu sein.

### Rußland und Polen.

— Unser Warschauer Berichterstatter hatte (s. gestrige Z.) angenommen, daß der Brand des Magistratsgebäudes auf ein Verbrechen zurückzuführen. Die „Kreuzzeitung“ von heute berichtet dagegen, daß er durch Entzündung eines mit einer Feueresse in Verbindung stehenden Balkens entstanden sei. Auch gibt sie den Schaden nicht hoch an, wie unser Korrespondent. Wir wollen diesem gegenüber die Angaben unseres Korrespondenten nicht aufrecht erhalten, da derselbe in dem Augenblick, als der Brand gelöscht war und die von ihm mitgetheilten Gerüchte, noch vorherrschten möchten, die Stadt verließ, also ohne Kenntniß der nachfolgenden Ermittlungen blieb.

### Afrika.

— Der „Moniteur de l'Armée“ erfährt durch Privatmittheilung an den heldenmuthigen Tod des Admirals Protet und an die großen Dienste, welche ihm durch die Hingebung und die Initiative dieses Mannes Frankreich im Kriege gegen die Taipings geleistet hat, einen Drachenorden gestiftet hat. 140 Abzeichen dieses Ordens, nämlich 100 in Silber und 40 in Gold, sollen den Franzosen zugestellt werden, welche an den Operationen gegen die Taipings Theil genommen haben. Der Orden wird an einem gelben Bande getragen, auf welchem sich der kaiserliche Drache mit fünf Klauen und die Inschrift in chinesischer Sprache befindet: „Vor ihm erleuchtet der Löwe und verstummt der Tiger.“ Das Ordensdiplom ist in chinesischer Sprache ausgefertigt und mit der Unterschrift des Kaisers Tsching-Tsche versehen. Das erste der goldenen Ordenszeichen wurde nebst einem Diplome und einem Briebe an die Witwe des Viceadmirals Protet geschiickt. In dem Briebe zählt der Kaiser die unermesslichen Dienste auf, welche ihr am 17. Mai 1862 bei der Einführung von Nekio getöteter Gatte der Dynastie und der Civilisation erzeigt hat. — Die franco-chinesische Legion ist nicht aufgelöst worden. Ein Leutnant d'Aiguebelle hat den Oberbefehl über dieselbe abgegeben und geht, um sich von den Strapazen zu erholen, nach Hause. Er ist durch einen anderen Franzosen, den ehemaligen Marineofficer Giquel, ersezt worden, von dem man viel Gutes sagt. Herr d'Aiguebelle wird in China im besten Andenken bleiben. Nach dem Wunsche der Regierung in Peking wird die französisch-chinesische Legion reorganisirt und verstärkt werden. — Die „Patrie“ will wissen, daß die in Folge des Sieges von Simonofski vereinbarte Entschädigungssumme den unterhandelnden Mächten zwischen dem 20. und 30. December ausbezahlt werden wird. Dieselbe wird proportionell unter die Beteiligten verteilt, wobei Frankreich und England auf dem gleichen Fuße stehen werden.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 21. Dezember. Der Handelskammer ist in Bezug auf den Güterverkehr nach Russland im Anschluß an die in unserer Zeitung vom 29. v. Mts. Nr. 280 veröffentlichte Benachrichtigung von Seiten der königlichen Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn folgende fernere Mittheilung zugegangen:

Auf der kaiserlich-russischen Nikolai-Bahn (Petersburg-Moskau) besteht für alle Waaren-Sendungen der Frankaturzwang und dürfen dieselben mit einerlei Nachnahme belastet sein. Nach einer Mittheilung des Verwaltungsraths der großen russischen Eisenbahn-Gesellschaft hat derselbe aus Anlaß eines Erlasses des kaiserlich russischen Finanz-Ministeriums, nach welchem nunmehr auch Güter, die aus dem Auslande kommen, unter Befreiung auf Moskau zur Sollabfertigung abgeliefert werden können, bei der Haupt-Direktion der öffentlichen Bauten auf Befestigung der Hindernisse angetragen, welche aus den Eingangs erwähnten Beschränkungen dem Transitzverkehr nach Moskau entgegentreten und ist in Folge dessen nunmehr genehmigt worden, daß Transitzgut auch unfrankirt auf der Nikolai-Bahn zum Transporte zugelassen werden, jedoch dürfen dieselben weder mit Vorfrachten noch mit irgend welchen sonstigen Nachnahmen belastet sein. Man gibt sich Seitens des Verwaltungsraths der großen russischen Eisenbahngesellschaft der Hoffnung hin, auch diese letztere Beschränkung in Kürzem fallen zu lassen. Bis dahin können aber nur solche Sendungen mit direkt auf Moskau lautenden Adressen zum Transporte zugelassen werden, welche bis Petersburg incl. Verbindungsbahn dafelbst frankirt sind, für welche Legere ist der tarifmäßigen Fracht bis Petersburg ein Zuschlag tritt, welcher für Güter  $\frac{1}{2}$ , für Frachtgüterter Klasse  $\frac{1}{2}$ , zweiter Klasse  $\frac{1}{2}$ , dritter Klasse  $\frac{1}{2}$ , vierten Klasse  $\frac{1}{2}$ , Rothen für Bud ( $\frac{1}{2}$  Centner) beträgt. Nichtfrachtgüter oder mit Nachnahmen belastete Sendungen nach Moskau ist die russische Grenzstation Birballen angewiesen, zurückzuweisen. Sendungen für







